

Stellungnahme der Freien Wähler Landau zu:

Holprige Bürgerbeteiligung

(vom 23.01.2023 im Pfälzer Tageblatt)

Im Mobilitätsausschuss bin ich selbst kein Mitglied, trotzdem besuchte ich diesen Ausschuss. Nach der Sichtung der Unterlagen bin ich davon ausgegangen, dass der Verwaltungsvorschlag für Unmut und Ärger sorgen wird. Im Vorfeld hatte ich nicht mit Anwohnern der Glacis-Straße gesprochen.

Es stimmt, kein Mitglied hat im Mobilitätsausschuss gesagt, dass der Verwaltungsvorschlag „Mist“ sei.

Und:

Wenn in einer Straße mehr Bäume stehen, dann sehen wahrscheinlich alle Menschen dies erst einmal positiv. Ebenso sind wahrscheinlich auch alle Menschen froh, wenn sie nicht vom Autoverkehr belästigt werden.

Das ist grundsätzlich so, egal ob man ein Auto hat oder nicht.

Wenn ich allerdings in einer Straße wohne mit beschränkten Parkmöglichkeiten und auf ein Auto angewiesen bin, dann ist der Blickwinkel plötzlich ein anderer.

Ich gehe auch davon aus, dass die meisten Menschen das Problem mit dem Klimawandel sehen und gerne etwas dagegen machen möchte – im Rahmen ihrer „Möglichkeiten“.

Natürlich werden diese Möglichkeiten sehr unterschiedlich ausgelegt werden.

Der Vorwurf, der nach der Abstimmung am Tisch des Vorsitzenden geäußert wurde, die Anwohner wären nicht wirklich für Klimaschutz und gegen Bäume, empfand ich als Zumutung.

Die betroffenen Bürger waren, das war in der Pause zu hören, verärgert, weil ihnen quasi etwas untergeschoben wurde. Sie sind sehr wohl für Klimaschutz und Bäume, sind aber gleichzeitig auf ihr Auto angewiesen und wissen nicht wohin damit, wenn die Straße wie geplant ausgebaut werden sollte.

Das ist der Kernpunkt des Dilemmas:

Die Bürger brauchen ihr Auto und einen Parkplatz und wissen später, nach dem Ausbau, nicht wohin damit.

In der Südstadt ist keine heile Welt bei den Parkplätzen, auch wenn der Beigeordnete dies immer versucht schönzureden. Und Besserung ist auch nicht in Sicht.

Die FAZ schrieb gerade erst am 12. Januar 2023:

Prognosen deuten darauf, dass der Straßenverkehr weiter zunehmen wird und ohne Auto wird es nicht gehen.

Die Kritik am Auto hören wir schon seit der ersten Energiekrise 1973/74 – Autofreier Sonntag, usw.. Doch seit 1991, das zeigen die Tabellen vom Kraftfahrtbundesamt, nimmt der Bestand an Autos kontinuierlich zu.

Wir kennen alle die Auto-Probleme – trotzdem besitzen viele Menschen ein Auto.

Jeder möchte mobil sein und Zeit sparen.

Wenn der ÖPNV zu umständlich ist, dann wird irgendwann doch ein (teures) Auto angeschafft.

Ja, in Großstädten ist die Situation eine andere.

Die FWG Landau hatte schon vor Jahren (26.01.2011) auf das steigende Parkplatzproblem hingewiesen.

Wohin mit den Autos in der Südstadt?

**Ein Parkdeck oder eine Tiefgarage müssen her.
 Maria-Ward-Schule, Krankenhaus, Universität – ein ständiger Suchverkehr.
 Auf den zunehmenden Druck durch das neue Landesgartenschau Gelände hatten wir schon
 damals hingewiesen.**

Wohin mit den Autos in der Südstadt?

Die Freie Wählergruppe (FWG) findet, dass es mit der Parkplatz-Situation in Landau Südstadt so nicht weitergehen kann. Jeder Meter sei zugeparkt, und nun fallen mit dem Umbau der Cornichon- und der Friedrich-Ebert-Straße auch noch Stellflächen weg. Die Konsequenz in den Augen der FWG-Politiker: Ein Parkdeck oder eine Tiefgarage müssen her. 26.01.11

„Die Südstadt ist dicht“, klagen der FWG-Vorsitzende Wolfgang Freiermuth und der Chef der FWG-Stadtratsfraktion, Hans Volkhardt. Selbst Anwohner hätten Probleme, einen Platz für ihre Autos am Rand der Straßen zu finden. Hofenfahrten seien zugeparkt. Es sei höchste Zeit, dass die Stadtverwaltung hier gegensteuere.

Neben dem Bedarf an Parkplätzen für die Bürger der Südstadt gebe es in diesem Viertel noch den Druck durch drei Institutionen, die ebenfalls von vielen Autofahrern angesteuert werden: das Vinzentius-Krankenhaus, die Maria-Ward-Schule und die Universität an ihrem Standort in der Bürgerstraße. Die FWG-Politiker können dem Argument von Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer (SPD) nicht folgen, wonach die Stadt nicht dafür zuständig sei, Parkplätze für das Krankenhaus zu schaffen. „Der OB zieht sich auf Formalitäten zurück“, kritisiert Volkhardt. Das sei nicht bürgerfreundlich und verkenne die Realität in der Südstadt. Freiermuth räumt zwar ein, dass es das Vinzentius-Krankenhaus versäumt habe, für genügend Parkraum zu sorgen. Dennoch sei die Stadt in der Pflicht, die Weichen für eine Verbesserung zu stellen, zumal die neue Kinderklinik mehr Besucher anziehen werde. „Wir können nicht sagen, das ist uns egal.“

Mit dem neuen Wohnpark werden sich weitere Verkehrsströme in das Viertel ergießen, glaubt die FWG. Bisher sei in vielen Straßen „wild“ geparkt worden, das gebe es nach dem Umbau zur Gartenschau



Manchmal erscheint die Südstadt wie ein einziger Parkplatz. An einigen Stellen, wie hier in der Friedrich-Ebert-Straße, werden die Autos sogar in zweiter Reihe auf dem Bürgersteig abgestellt. FOTO: VAN

nicht mehr. Zur Realität gehöre auch, dass die Straßen der Südstadt „Ausweichfläche“ für viele Beschäftigte öffentlicher Institutionen seien, die ihr Auto hier abstellen, weil in der Kernstadt fast alle Parkplätze kostenpflichtig sind.

Nach Angaben der beiden FWG-Politiker hat die Stadtverwaltung bisher nicht erkennen lassen, wie

sie sich das Parken in der Südstadt künftig vorstellt. Die FWG möchte deshalb, dass das Rathaus prüft, ob in dem Quartier ein Parkdeck oder eine Tiefgarage gebaut werden sollen. Ideal, so meinen Freiermuth und Volkhardt, wäre dafür der westlich an die Ex-Kaserne Estigene-Foch angrenzende Bereich. Diese Parkfläche soll indessen nicht so

groß werden wie das geplante Parkhaus am anderen Ende der Innenstadt, am Großmarkt (die RHEINPFALZ berichtete am Samstag). Das Prinzip jedoch soll dasselbe sein: Ein privater Investor baut, die Stadt – und auch das Vinzentius-Krankenhaus, die Maria-Ward-Schule und die Universität – beteiligen sich daran finanziell.

Die FWG-Politiker betonten im Gespräch mit der RHEINPFALZ, dass es ihnen fern liege, das gerade unter großen Geburtswehen fertig gestellte Parkraum-Konzept für die Kernstadt in Frage zu stellen. Es soll am 1. Februar vom Stadtrat beschlossen werden – mit den Stimmen der FWG, wie Volkhardt und Freiermuth versicherten. (gau)

Klar, es wäre schön, wenn es ohne Auto gehen würde. Doch das ist auf dem Land nicht so einfach.

Schönreden löst nicht die Probleme.

Wer realistisch ist, bekommt gleich den Vorwurf zu hören, er wäre nur pro Auto.

Wir leben aber nicht in Utopia.

Ebenso ist die Aussage in dem Artikel, dass „vor ein paar Jahren CDU und SPD „unter Einschluss von FWG und FDP“ auch keine Anwohner gefragt (haben), als sie Neubaugebiete in den Stadtdörfern beschlossen haben, falsch.

Der Druck nach Baugebieten kam primär aus den Ortsteilen selbst!!!

Auf die vielen fraktionsübergreifenden(!) Schreiben allein aus Mörzheim will ich gar nicht weiter eingehen - Jahre hat es schließlich gedauert und die Ortsbeiräte sind sehr gut mit den Bürgern vernetzt.

Von „keine Anwohner gefragt“ kann definitiv nicht die Rede sein.

Und der „Protest von Nachbarn und Winzern gegen die angebliche XXL-Stadterweiterung“ wurde von den GRÜNEN befeuert.

Heute haben sie mit dem Baugebiet Wollmesheimer Höhe plötzlich kein Problem.

Der Zuwachs in Landau und der Wohnungsmangel und die Ergebnisse der INWIS Studie wurden

als falsch dargestellt.

In Godramstein wurde der erste Versuch (Baugebiet Kalkgrube) vor Jahren einfach verhindert.

Wie sich die Zeiten ändern!

Auch hier, bei dieser Äußerung, die Vorstellungen des Herrn Hartmann zur Landauer Verkehrspolitik sind zu sehr ideologiegeleitet und nicht wirklich realistisch.

Als die Grünen in der Opposition waren, prangerten sie die nicht vorhandene Bürgerbeteiligung bei nahezu jeder Vorlage der Verwaltung an. Heute wirft Herr Hartmann engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor sie würden nur ihre eigenen Interessen vertreten, mit dem Argument, dass zum Wohle der Gemeinschaft der Stadtrat sich über die Interessen einzelner "Betroffener" oder auch Minderheiten hinwegsetzen müsse.

Ja, Bürgerbeteiligung kann schwierig und unangenehm sein.

Es kann eine „**Dominanz organisierter Interessen**“ geben – das gibt es.

Doch wenn die vorgebrachten Argumente ihre Berechtigung haben, dann dürfen sie nicht ignoriert werden.

Wird der Teich, in dem die Frösche leben, als ein **Sumpf** mit unhaltbaren Zuständen gesehen, dann stimmt der letzte Satz in dem Artikel mit den Fröschen.

Ist der Teich ein Biotop, dann müssen die Frösche gefragt werden!

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Freiermuth